

Stand: 05.06.2026 02:53:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6824

"Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6824 vom 09.06.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6923 vom 10.06.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) personell deutlich zu stärken, statt ihm bei gleichem Personal immer neue Aufgaben zuzuweisen, die Umstrukturierungen und Verlagerungen am LGL, die zu Lasten seiner Kontroll- und Funktionsfähigkeiten gehen, sofort zu stoppen und dem Landtag einen detaillierten Vorschlag vorzulegen, wie das LGL bei der Erfüllung seiner Aufgaben gestärkt und wie Probleme bei Kontrollen und dem Schutz der Verbraucher zukünftig vermieden werden können.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, die Anzahl der Amtsveterinäre an den staatlichen Landratsämtern stärker als bisher an dem Vorkommen von Großställen und industrieller Tierhaltung in den jeweiligen Landkreisen auszurichten, und dem Landtag einen detaillierten Vorschlag vorzulegen, wie die Kontrollen von Großställen und industrieller Tierhaltung wie z.B. Massenlegehennen-Haltung im Sinne des Verbraucherschutzes, aber auch des Tierwohls, verbessert, vermehrt und intensiviert werden können.

Begründung:

Nach Erkenntnissen der britischen, französischen, österreichischen und europäischen Lebensmittel- und Verbraucherschutzbehörden ging ein europaweiter Salmonellen-Ausbruch im Sommer 2014 offensichtlich von einem Betrieb in Niederbayern aus. Der Salmonellen-Typ *Salmonella Enteritidis* PT14b, an dem Hunderte Menschen in den genannten Ländern erkrankten und mindestens zwei Menschen starben, lässt sich dorthin zurückverfolgen. Auch in Bayern erkrankten 55 Menschen bis Oktober 2014 nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) an dieser Variante der Salmonellose. Das sind 73 Prozent aller dem RKI in diesem Zusammenhang gemeldeten Fälle in Deutschland.

In Bayern gab es weder eine Warnung noch Rückrufaktionen oder andere öffentlich bekanntgewordene Maßnahmen der Staatsregierung bzw. des zuständigen Amtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), obwohl bereits im Februar 2014 Proben in dem Betrieb genommen wurden, in denen sich dieser Salmonellen-Typ nachweisen ließ.

Vor dem Hintergrund, dass es seit der Jahrtausendwende in Bayern immer wieder zu schwerwiegenden Problemen und Kontrolldefiziten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und Hygiene wie zum Beispiel beim Umgang mit BSE, dem Schweinemastskandal, dem Gammelfleisch- und Dönerskandal und dem Fall Müller-Brot kam, scheinen immer noch erhebliche strukturelle Probleme und ein relevantes Kontrollversagen vorhanden zu sein.

Das im Jahr 2002 als Konsequenz aus der BSE-Krise aus einer Behörden-Fusion hervorgegangene Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat immer neue Aufgaben und Verantwortungsbereiche zugewiesen bekommen, ohne dass entsprechend mehr Personal zur Verfügung gestellt wurde. Im Gegenteil: Auch die 2006 nach dem Gammelfleisch-Skandal gegründete „Spezialeinheit“ des LGL wurde aus vorhandenem Personal aufgebaut. Durch ständige Umstrukturierungen, die in der letzten Zeit noch verstärkt und durch Verlagerungen verschärft wurden, ist das LGL immer weniger in der Lage seine Aufgaben wahrzunehmen.

Parallel dazu haben sich die Anforderungen durch die zunehmende Industrialisierung der Tierhaltung, durch eine Zunahme von Großställen und die Globalisierung der Lebensmittelproduktion enorm verstärkt. Diesen Entwicklungen wurde nicht annähernd ausreichend Rechnung getragen. Ein Beispiel dafür ist, dass die Zahl der Amtsveterinäre an den Landratsämtern nie an die regionale Häufung von Großställen und industrieller Tierhaltung angepasst wurde.

Dazu kommt, dass bestimmte hochmoderne Analyseverfahren, die zum Beispiel in Großbritannien zur Routine gehören, in Bayern keine Anwendung finden.

Deswegen ist es unabdingbar, dass das LGL durch mehr Personal in seiner Funktionsfähigkeit deutlich gestärkt wird, und dass auf Umstrukturierungen und Verlagerungen verzichtet wird, die zu Lasten der Kontrollen und der Funktionsfähigkeit gehen. Außerdem müssen die Kontrollen von Großställen und industrieller Tierhaltung erheblich verstärkt werden, statt kleinere bäuerliche Betriebe durch überzogene Anforderungen und bürokratische Vorgehensweise zu behindern und in ihrer Existenz zu gefährden, wie dies aufgrund der falschen Schwerpunktsetzung häufig geschieht.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/6824

Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Florian von Brunn

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Benno Zierer

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsministerin Ulrike Scharf

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Aussprache rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen (Drs. 17/6824)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequenzen aus dem "Eier-Salmonellen-Skandal" (Drs. 17/6826)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)

Konsequenzen aus den Salmonelleninfektionen in Europa 2014 - Bündelung der Kontrollaktivitäten zur Stärkung der amtlichen Überwachung (ber. Drs. 17/6840)

Zu den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN ist namentliche Abstimmung beantragt. Was den Dringlichkeitsantrag der CSU anbelangt, verweise ich auf die korrigierte Drucksache 17/6840. Ich eröffne die Aussprache. Unser erster Redner ist Herr Kollege von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Tote und Hunderte von Infizierten europaweit, die Staatsanwaltschaft Regensburg ermittelt. Um die Dimension noch einmal zu unterstreichen: Gerade ist die Meldung über die Ticker gelaufen, dass ab morgen der ganze Bestand an Legehennen, über 460.000 Tiere, am Standort Ettling getötet wird. Das ist die Bilanz des Salmonellenausbruchs in Europa 2014 und 2015, der von Niederbayern ausgegangen ist. Damit steht dieser Skandal ganz oben auf der Liste der Verbraucherschutzskandale. Auf dieser Negativliste in Bayern schlägt in den letz-

ten Jahren einiges zu Buche: Der Umgang mit BSE, der Schweinemastskandal Anfang des Jahrtausends, der Gammelfleischskandal in den Jahren 2005 und 2006, der Müller-Brot-Skandal, im letzten Jahr dann die Themen Wiesenhof und Putenmast. Nach all diesen Skandalen kann man nur schlussfolgern: Die Verbraucherschutzpolitik hierzulande liegt in Scherben. Dafür trägt die CSU, dafür trägt die Staatsregierung ganz wesentlich die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Das betrifft aber nicht nur Bayern, weil die CSU die Verantwortung für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit auch in der Bundesregierung trägt, und zwar seit vielen Jahren, mit den Bundeslandwirtschaftsministern Horst Seehofer, Ilse Aigner, Hans-Peter Friedrich und aktuell Christian Schmidt. Und sie trägt natürlich die Verantwortung für die Verbraucherschutzpolitik in Bayern, insbesondere für das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, für die Organisation des Verbraucherschutzes, für die Personal- und für die Finanzausstattung des Verbraucherschutzes im Freistaat. Deshalb ist es nicht nur richtig, sondern auch überfällig, dass sich die zuständige Ministerin morgen im Umweltausschuss erklärt. Auch wenn Sie selbst im letzten Jahr noch nicht die Verantwortung hatten, sondern Ihr Vorgänger und Kabinettskollege, Herr Staatsminister Marcel Huber, so ist das doch ein wichtiger Schritt.

Es geht uns heute aber um etwas anderes. Wir wollen deutlich machen, was dringend getan werden muss, damit die Verbraucher sicher sind, damit sie sicher sein können, dass sie sichere Produkte bekommen und zu sich nehmen. Bisher war es nämlich nach jedem Skandal wie folgt: Sie haben der Öffentlichkeit und den Verbrauchern immer aufs Neue Besserung gelobt, aber jedes Mal sind Sie damit wieder gescheitert. An Floskeln und Versprechungen hat es nie gemangelt. Verbraucherschutz mit Floskeln und leeren Versprechungen bringt aber nichts. Für Verbraucherschutz braucht man ausreichende und scharfe Kontrollen, und für diese Kontrollen braucht man ausreichend Kontrolleure, die scharf kontrollieren. Daran aber mangelt es in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Es ist kontraproduktiv, ja es ist sogar schädlich für den Verbraucherschutz, wenn man Kontrollbehörden wie dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit immer mehr Aufgaben zuweist, aber kein zusätzliches Personal gibt. Es ist kontraproduktiv und falsch, wenn man industrielle Massentierhaltung akzeptiert und fördert, aber nicht ausreichend kontrolliert, und dies sowohl mit Blick auf die Verbraucher als auch mit Blick auf die geschundenen Tiere. Es ist kontraproduktiv und falsch, wenn man die Großen sich selbst kontrollieren lässt, wenn man sie kaum behelligt, die Kleinen aber drangsaliert, wie das in Einzelfällen vielfach geschieht. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da stimmt das Verhältnis überhaupt nicht mehr.

Wir sind der Auffassung, die Staatsregierung setzt die Prioritäten falsch. Sie folgt dem Irrglauben, immer weniger Personal sei besser. Sie sparen an der falschen Stelle, zu Lasten der Verbraucher und des Tierwohls. Sie schonen die Großen, anstatt eine objektive Verbraucherschutzpolitik zu machen. Nach jedem der vorhin aufgezählten Skandale haben Sie Veränderungen angekündigt, aber Sie haben keine substanziellen Veränderungen erreicht, im Gegenteil: Sie haben umstrukturiert und damit noch mehr Probleme verursacht. Der europaweite Ausbruch von Salmonellose im letzten Jahr ist auch eine Folge dieser verfehlten Politik. Deswegen unser Appell: Stoppen Sie diese Politik! Sorgen Sie dafür, dass das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit ausreichend Personal ausgestattet ist und, dass es ohne ständige Unruhe durch Umbau und Verlagerungen arbeiten kann! Verbessern Sie und verschärfen Sie die Kontrollen! Beschleunigen Sie die Maßnahmen nach positiven Befunden! Das ist das Merkwürdige, das Interessante: Mitte bis Ende April 2014 lagen die Ergebnisse der Untersuchungen in den Betrieben in Niederbayern vor, trotzdem kam es noch im Juni und im Juli in europäischen Partnerländern zu Infektionen mit Salmonellen. Das ist auch der Punkt, den man mithin morgen erklären muss.

Passen Sie die Zahl der Kontrolleure an die Erfordernisse an, machen Sie endlich konkrete Vorschläge, wie das Problem der Massentierhaltung gelöst werden kann, und passen Sie vor allem endlich die Zahl der Kontrolleure an die regionale Konzentration von industrieller Massentierhaltung und Großställen an! Stellen Sie im Interesse der Verbraucher und des Tierwohls Ihre Verbraucherschutzpolitik vom Kopf auf die Füße.

Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zu, der in die gleiche Richtung geht. Wir werden aber – das sage ich auch sehr deutlich – den Dringlichkeitsantrag der CSU ablehnen, weil er letztendlich wieder auf eine Umstrukturierung am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hinausläuft, einen der Punkte, den wir für die Probleme, die wir heute haben, für mitverantwortlich halten. Der Antrag bringt keine echten Verbesserungen; hier sind Sie viel zu kurz gesprungen. – Ich möchte auf einen Aspekt in Ihrem Antrag noch dezidiert eingehen. Die CSU-Fraktion schreibt in Ihrem Antrag:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Bündelung ... vorzulegen, um der Komplexität großer Geflügelbetriebe bei der amtlichen Lebensmittel- und Veterinärüberwachung künftig noch besser gerecht zu werden.

Was soll denn das bitte heißen, "noch besser gerecht zu werden"? Muss man das so verstehen, dass Sie der Auffassung sind, in dieser Situation seien Sie den Problemen gut gerecht geworden? – Ich kann das nicht finden. Ich finde das fast schon zynisch gegenüber den Hunderten von Betroffenen in ganz Europa. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr von Brunn. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Jahr gab es eine europaweite Salmonelleninfektion mit Hunderten Erkrankten und zwei Toten. Der Ausgangspunkt dieser Infektion lag in einem Betrieb in Niederbayern. Dieser Betrieb hält an insgesamt vier Standorten etwa eine Million Legehennen in Käfigen. Der Geschäftsführer ist in Deutschland sattem bekannt. Aus diesem Grunde hätten wir eigentlich erwartet, dass auf diesen Betrieb ein besonderes Augenmerk gelegt wird; das wurde aber offensichtlich nicht gemacht.

Es ist auch die schiere Größe dieses Betriebs, die es den Behörden schwer macht, hier eine effektive Kontrolle durchzuführen. Zur Verdeutlichung: Bei der Käfighaltung, die es nach wie vor bei uns gibt, werden 60 Hennen auf viereinhalb Quadratmetern gehalten. Die Käfige sind 60 Zentimeter hoch und werden in bis zu acht Etagen übereinander gestapelt. Das kontrollieren Sie einmal!

Dazu kommt noch, dass die Aufsichtsbehörden in den Landratsämtern in der Regel unterbesetzt sind und die immer größer werdenden Betriebe gar nicht mehr gründlich kontrollieren können. Landrat Trapp hat das heute in der "SZ" bestätigt. Um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren, werden die meisten Kontrollen vorher angekündigt. Das sollte eigentlich die Ausnahme sein. Wir haben bei der Staatsregierung einmal nachgefragt. Die Antwort war erschreckend: Nur der verschwindend geringe Anteil von 3 % aller Kontrollen wird unangemeldet durchgeführt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da braucht man sich nicht zu wundern, dass man nichts findet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund haben wir schon immer eine Aufstockung des Personals gefordert und tun dies heute erneut.

Was aber passiert denn eigentlich bei so einer Kontrolle? Was passiert mit den Proben, die die Mitarbeiter der Landratsämter ziehen? – Hier kommt das LGL ins Spiel, eine Behörde mit immerhin 1.000 Mitarbeitern. Wir haben schon mehrmals kritisiert, dass das LGL seine Schwerpunkte falsch setzt. Wir fordern eine Verstärkung der Pro-

bennahmen in unmittelbar gesundheitsbedrohenden Bereichen, zum Beispiel bei einer Salmonellenerkrankung. Im aktuellen Fall gab es Salmonelleninfektionen in vielen Ländern Europas. Während in vielen Ländern Krisenstäbe tagten und immer mehr Spuren nach Niederbayern wiesen, sah das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit keinen Anlass zu verstärkter Aktivität.

Was hat eigentlich die Spezialeinheit des LGL gemacht? – Diese Taskforce wurde 2006 ins Leben gerufen und wäre eigentlich für einen solchen Fall prädestiniert: als Schnittstelle zu den überregionalen Warnsystemen mit hoher Kompetenz versehen und sogar mit staatsanwaltschaftlichen Befugnissen ausgestattet. Da hätte diese Taskforce doch eigentlich schnell und effektiv eingreifen können. Was tatsächlich am LGL passiert ist oder, besser, was da nicht passiert ist, werden Sie, Frau Ministerin, uns sicher morgen im Ausschuss berichten.

Aber eines ist schon klar: Die Aufgabenverteilung im LGL und die Einsatzbereiche der Taskforce müssen unbedingt evaluiert und, falls nötig, neu zugewiesen werden. Da sind Sie in der Pflicht, Frau Ministerin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist regelrecht peinlich, wenn Journalisten aus Österreich die Staatsanwaltschaft in Regensburg informieren müssen. Es ist beschämend, wenn Undercover-Aktivisten wie "Soko Tierschutz" uns im Fernsehen Bilder zeigen, die unsere Aufsichtsbehörden offensichtlich nicht gesehen haben. Und es ist unfassbar, wenn der Chef des LGL in der Presse mit der Aussage zitiert wird, es wisse doch schließlich jedes Kind, dass man sich die Hände waschen muss, wenn man ein Ei angefasst hat. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch im Grunde ein großer Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Mit diesen Stellungnahmen wird die Industrialisierung in der Landwirtschaft zum Normalfall. Damit kapitulieren die Behörden vor der Praxis in landwirtschaftlichen Großbe-

trieben. In einem solchen System werden Tiere zur Ware und Bauern zu Lohnmästern, und die Landwirtschaft wird zum Lieferanten billigen Rohstoffs. Aber dann gibt es eben auch Kollateralschäden, die die Bevölkerung hinzunehmen hat. Dafür sind die Eier besonders billig. Die Frage ist nur, ob wir so ein System tatsächlich wollen.

Zum Glück haben andere Länder besser aufgepasst. Es gab im August letzten Jahres wirklich viele Warnungen, die alle auf diesen Betrieb in Niederbayern hingewiesen haben. Man muss dann solche Warnungen auch ernst nehmen und unverzüglich reagieren. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen auch das internationale Warnsystem und vor allem das Zusammenspiel mit den bayerischen Behörden überprüft werden; denn eines ist sicher: Der nächste Skandal kommt bestimmt.

Dem Antrag der SPD können wir gerne zustimmen. Den Antrag der CSU werden wir ablehnen; der Kollege von Brunn hat es ja schon ausführlich erklärt. Der Antrag geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Seine Begründung widerspricht ihm aber eklatant. Insofern brauchen wir einen solchen Antrag nicht. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Steinberger. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Schorer-Dremel. Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin! Lebensmittelskandale jeglicher Art und vor allem der Begriff "Salmonellen" wecken Emotionen im positiven wie auch im negativen Sinn. Sie bringen die Leute auf. Ich denke aber, es ist unsere Aufgabe in diesem Haus, sachlich mit Fakten zu argumentieren.

Als am 20. Mai abends die Sendung "Kontrovers" die Geschichte aufgebracht hat, hat wenige Stunden später der Vorsitzende des Umweltausschusses Dr. Christian Magerl gesagt, dass wir am 11. Juni, also morgen, einen Bericht der Umweltministerin mit umfassenden Informationen dazu bekommen werden. Gleichzeitig werden neben der Mi-

nisterin der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und mehrere Fachleute präsent sein. Umso mehr wundert es mich, dass wir uns heute mit der Angelegenheit ohne diese Grundlagen auseinanderzusetzen versuchen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Da haben Sie aber nichts verstanden! Es tut mir leid, Frau Kollegin!)

– Vielleicht hören Sie mir erst einmal zu. Dann können Sie mich kritisieren.

(Florian von Brunn (SPD): Ich kritisiere Ihre Bemerkung!)

Eine kurze Zusammenfassung dessen, was bekannt ist: Am 10. Juli 2014 informierte Frankreich über das Europäische Schnellwarnsystem RASFF – Rapid Alert System for Food and Feed – über einen lebensmittelbedingten Krankheitsausbruch. Als vermutete Ursache wurden damals Eier aus Deutschland angegeben. Am 31. Juli informierte Österreich über dasselbe europäische Schnellwarnsystem über eine Salmonellenerkrankung. Die in Österreich untersuchten Eier waren ohne Befund.

Am selben Tag wurden in Niederbayern in den genannten Betrieben bereits Proben erhoben. Am 14. August letzten Jahres kontaktierte Großbritannien das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bilateral. Bereits am folgenden Tage ersuchte das Bundesamt das LGL in Bayern um Mithilfe bei der Aufklärung des Salmonellengeschehens vom Sommer 2014 in Großbritannien. Mit Bekanntwerden der Sachverhalte aus dem Ausland wurden in den beiden betroffenen Betrieben der Firma Bayern-Ei umgehend erneut Proben entnommen und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Vielleicht nur ganz kurz zu den Fakten. In Ettling gab es im Februar, im April, im Juni, am 4. August, am 14. August, am 22. August, am 27. August, am 2. September und noch einmal am 13. und 14. Oktober Kontrollen. So viel zu dem Vorwurf, es seien nicht ausreichend Kontrollen durchgeführt worden. In Niederharthausen war dies Ende 2013, im April 2014, am 31. Juli 2014, am 4. August, am 11. August, am 26. August

und noch einmal später der Fall. Sie sehen also, wie intensiv untersucht worden ist. Vorwürfe, dass das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bzw. die Kreisverwaltungsbehörden auf das Geschehen zu langsam bzw. nicht sachgerecht reagiert hätten, können daher nicht bestätigt werden. Die Behörden haben umgehend gehandelt, und alle rechtlich möglichen Maßnahmen wurden getroffen. Ich denke, das werden wir morgen im Ausschuss noch intensiver zu hören bekommen.

Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat sämtliche Anfragen – meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das waren nicht nur 20 oder 30, sondern insgesamt 418 Anfragen – bearbeitet und ist dabei, neun Anfragen aus dem Landtag und die drei Anträge weiter zu verfolgen. Auch die Anfragen aus dem Ausland, insbesondere aus Frankreich, Großbritannien und Österreich, wurden hier bearbeitet.

Eines möchte ich auch noch festhalten: Entgegen Ihren Vorwürfen, Herr von Brunn, hat das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit europaweit einen hervorragenden Ruf. Ich denke, das sollte man auch einmal zum Ausdruck bringen.

Beifall bei der CSU

Es hat diesen Ländern jederzeit größtmögliche Unterstützung zuteilwerden lassen und hat mit seinem interdisziplinären Kontrollteam auch die Untersuchungen in den betroffenen Betrieben intensiv unterstützt.

Nun auch noch zur EU und zu den Methoden, weil gerade im Antrag der SPD auf die Untersuchungsmethoden in Großbritannien Bezug genommen wird: Die Methoden der einzelnen Staaten sind europaweit festgelegt und abgestimmt. Durch das Schnellwarnsystem RASFF der EU wurden und werden alle Informationen gegenseitig ausgetauscht. Das ist ein völlig normales Vorgehen. Das ist kein Hilferuf, sondern einfach ein normales behördliches Handeln. Dieses System hat auch funktioniert. Gäbe es, wie Sie, Herr von Brunn, impliziert hatten, eine deutlich größere Tragweite, wäre die Kommission nach den bestehenden Vorschriften unmittelbar tätig geworden, wäre

spätestens innerhalb von 72 Stunden vor Ort gewesen und hätte dort das Fehlverhalten von Behörden und Betrieben geprüft. Ein solches gab es nachweislich nicht.

Die rechtlichen Voraussetzungen für eine öffentliche Wahrnehmung in Bayern waren aufgrund des europäischen Ausbruchsgeschehens aber nicht gegeben. Eine Warnung durch die bayerischen Behörden setzt eine Gesundheitsgefahr für die bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher voraus. Dazu ist insbesondere erforderlich,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): – dass man kontrolliert!)

dass gesundheitsgefährdende Lebensmittel in Bayern in den Verkehr gelangen. Das war aber nach den Ermittlungserkenntnissen der bayerischen Behörden nicht der Fall, da die Eier nicht in Bayern vertrieben wurden. In Frankreich, wo das der Fall war, wurden sie auch aus dem Verkehr genommen.

Jetzt ganz kurz einige Zahlen, um den Fokus ein bisschen zurechtzurücken. In Bayern werden täglich ungefähr 1 Million und im Jahr ungefähr 365 Millionen Eier gelegt, also produziert. Im letzten Jahr gab es in Bayern unter den 365 Millionen Eiern 2.500 Salmonellenfälle. 55 davon sind auf den Erreger Salmonella Enteritidis zurückzuführen. Das sage ich nur, damit wir die Relation kennen. Ich denke, jeder, der als Hausfrau und Mutter oder in Betrieben mit Eiern umgeht, weiß, dass die Hygiene ein ganz entscheidender Faktor in diesem Bereich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Hausmann auch!)

– Entschuldigen Sie bitte! Natürlich auch die Hausmänner.

(Florian von Brunn (SPD): Und die Landtagsabgeordneten!)

Zu den Anträgen: Ich möchte noch einmal betonen, dass wir morgen einen ausführlichen Bericht bekommen. Ich schätze unseren Umweltausschuss so ein, dass wir uns damit äußerst intensiv auseinandersetzen werden, wie wir das in anderen Angelegenheiten schon getan haben und wie es der Vorsitzende auch bereits angekündigt hat.

(Florian von Brunn (SPD): Da könnt ihr sicher sein!)

Das heißt, nach konkreten sachlichen Informationen können weitere Schritte überlegt werden, zum Beispiel die Bündelung von Kontrollen oder ein weiterer Einsatz der Spezialeinheit, wie das jetzt bereits geschehen ist. Eine Evaluierung der Kontrollen, die die GRÜNEN fordern, ist sicher auch ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Noch zur Aufstockung des Personals, was in den Anträgen der SPD und der GRÜNEN gefordert wird. Ein Abbau von Stellen für die Lebensmittelkontrolle an den Kreisverwaltungsbehörden – das ist so durchgeklungen – oder der Stellen für die Veterinärverwaltung wurde bis jetzt nicht vollzogen, und mir ist auch nicht bekannt, dass das geplant ist.

Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Kommunikation zwischen den Behörden – auch dazu äußern Sie Kritik in Ihren Anträgen – europaweit funktioniert hat. Ich meine daher, dass die SPD und die GRÜNEN in ihren Anträgen Schlussfolgerungen ziehen, ohne das Gesamtbild zu sehen und ohne alle Informationen zu haben. Ich denke daher, dass es völlig konsequent ist, erst einmal zu warten, bis wir alle Informationen haben, um dann zu entscheiden. Wir wollen ja nicht aus der Hüfte schießen, sondern verantwortungsvoll agieren.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sagen Sie das einmal den kranken Leuten!)

In diesem Sinn werden wir die beiden Anträge ablehnen und dem CSU-Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Schorer-Dremel. – Nächster Redner ist der Kollege Zierer. Bitte schön, Herr Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erbärmlich – ich denke, anders kann man es nicht nennen – ist es, wie sich Landrat Trapp aktuell in der "Süddeutschen Zeitung" darstellt. Die sogenannte Massentierhaltung wird verteufelt, die Schuld auf die Kontrolleure geschoben, auf zu wenig Personal; irgendwas oder irgendjemand ist schuld – nur er nicht. Sich dann noch darauf zu berufen, dass diese Art von Hühnerhaltung rechtskonform sei und ihm jede Henne leid tue, die in solch einem KZ Eier legen muss, und das monate- und jahrelang, ist verbrecherisch. Das so in der Presse wiederzugeben, ist zynisch, feige, und dadurch drückt er sich vor der eigenen Verantwortung. Denn warum sitzt eine Firma wie Pohlmann hier in Bayern? - Vielleicht, weil sie hier unbehelligt das tun kann, was sie eben so macht.

(Zuruf von der CSU)

– Meine Damen und Herren, warten Sie ab! Der Landrat darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen und sich als Gutmensch präsentieren. Dadurch setzt er dem Ganzen noch die Krone auf. Ein Landrat soll Prioritäten bei der Kontrolle setzen! Er hätte seine Kontrolleure anweisen müssen, genau in solchen Betrieben wesentlich detaillierter zu prüfen.

Bei dem Antrag der GRÜNEN ist es wie immer: ein pauschaler Rundumschlag gegen alle eierproduzierenden Betriebe. Das ist wie gewohnt nicht zielführend und zum Teil reines Wischiwaschi.

Der Antrag der SPD hat durchaus Substanz. Im ersten Absatz ist er jedoch fachlich und sachlich leider nicht richtig. Als Konsequenz aus dem Salmonellen-Skandal mehr Personal für das LGL zu fordern, ist kurzsichtig und einfallslos. Nach jedem Lebensmittelskandal kommt die Forderung nach mehr Personal. Wenn das vorhandene Personal einfach vernünftig arbeiten würde, wäre das schon ausreichend. Das hat es aber nicht gemacht.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von Brunn?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Nein.

(Heiterkeit)

Präsidentin Barbara Stamm: Alles klar, das war klar und deutlich.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Fakt ist doch, dass hier Kontrolleure die Augen zugeedrückt und dadurch auch ihr Gewissen ausgeschaltet haben. Haben sie Angst vor einem Großunternehmer? Haben sie Angst, diesem auf die Füße zu steigen? Was passiert denn, wenn wir mehr Kontrolleure einstellen? Dann haben wir zwar mehr Kontrolleure, aber wenn diese sich auch nichts trauen und das Fehlverhalten des Unternehmers nicht melden, bringt das gar nichts.

Grundsätzlich zum Thema Salmonellen: Salmonellen in einem Stall sind kein Anzeichen für eine nicht artgerechte Haltung. Salmonellen gibt es in jedem Stall, Salmonellen gibt es im Kühlschrank, sie sitzen auf fast allen Eiern. Es gibt 2.600 Stämme, einige mehr schädlich, die anderen weniger.

Das Testergebnis "Salmonelle ja oder nein?" ist theoretisch in wenigen Stunden verfügbar; aber nicht jede Salmonelle ruft gleich eine Infektion hervor. Gerade in einem Stall ist davon auszugehen, dass sich dort eine gewisse Anzahl an Salmonellen herumtreibt. Daher müssen immer Tests auf spezielle Salmonellenstämme durchgeführt werden.

Es gibt aber Stämme – vor allen Dingen ist das so bei den problematischen Stämmen –, da dauert es bis zu drei Wochen, bis das Ergebnis vorliegt; sprich: Der Nachweis eines Krankheitserregers liegt dann erst vor. Daran hätten auch keine zusätzlichen Kontrolleure etwas geändert, nachdem dann beim LGL nicht richtig gehandelt worden ist. Das konkrete Problem ist doch in diesem Fall die Haltung, wie so oft bei Hühnern.

Diese Form der Haltung ist eine Schweinerei, da sind wir uns absolut einig. Aber da ist die Politik gefordert, und nicht die Kontrolle.

Nun zum SPD-Antrag: Der Absatz 2 ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Das vorhandene Personal soll dort eingesetzt werden, wo es am nötigsten gebraucht wird. Das heißt für die FREIEN WÄHLER: in der industriellen Tierhaltung, in absoluten Großställen, in Ställen, in denen sich solche Vorfälle offensichtlich häufen, weil es dort mit der Qualität nicht so genau genommen wird.

Deutschlandweit steht fast die Hälfte der Legehennen in Beständen ab 100.000 Tieren. Das sind nur sehr wenige Betriebe. Dort sollte man genau kontrollieren. Zum Glück steht ein Großteil dieser Betriebe – oder vielleicht auch zum Unglück – in Niedersachsen und nicht in Bayern. Es würde Sinn machen, dort genauer hinzuschauen; das wäre am wichtigsten.

Weil wir uns bei dem besagten Absatz nicht einigen konnten, werden wir Ihren Antrag leider ablehnen müssen.

(Zurufe von der SPD: Wo war das mit den faulen Eiern? In Niedersachsen oder in Bayern?)

– Die waren in Bayern.

(Zurufe von der SPD)

Die gibt es überall. Viele Großbestände sind in Niedersachsen. Wenn kontrolliert wird, dann aber nicht gehandelt wird, entsteht das Problem. Es ist nicht gehandelt worden, nachdem das Ergebnis beim LGL vorgelegen hat. Deshalb brauchen wir aber nicht mehr Kontrolleure. Man muss dann handeln und den Leuten auf die Finger schauen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Was heißt denn "handeln"?)

– "Handeln" heißt, in den Landratsämtern und beim LGL die richtigen Schlüsse und Konsequenzen daraus zu ziehen und diese Firmen - -

(Dr. Paul Wengert (SPD): Welche denn?)

– Die Firmen, die das verursachen, selbstverständlich. Welche denn sonst?

(Zurufe von der SPD)

Nachdem dieser Antrag in der nicht sachlichen und nicht fachlichen Darstellung für uns nicht zustimmungsfähig ist, werden wir ihn ablehnen, genauso wie wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Dem Antrag der CSU werden wir zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Herr Kollege, ich kann Sie leider noch nicht vom Rednerpult weglassen, weil jetzt die Intervention vom Herrn Kollegen von Brunn kommt. – Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Zierer, es ist schade, wenn Sie selbst keinen Antrag vorlegen, unseren Antrag jedoch ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Das wollte ich Sie aber eigentlich gar nicht fragen.

Sie haben sich ja sehr klar und, ich möchte schon sagen, an der Grenze der Höflichkeit gegenüber dem Landrat Trapp geäußert. Haben Sie ähnliche Worte gefunden gegenüber dem Landrat Leo Schrell im Landkreis Dillingen angesichts des Putenmasts-kandals? – Der ist, glaube ich, von den FREIEN WÄHLERN.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Der Skandal ist mir in der Umfänglichkeit nicht bekannt.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Warum nicht?)

Aber das soll ja nicht heißen, dass man sich nicht darüber informieren kann. Der wurde aber hier auch nicht behandelt, also steht er heute nicht zur Debatte.

(Florian von Brunn (SPD): Der wurde schon behandelt!)

War es das?

(Zurufe von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Dann hat jetzt für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge von SPD und GRÜNEN fügen sich in eine lange Reihe von Versuchen mit einem einzigen Ziel ein, nämlich aus der Verunsicherung der Menschen in Bayern politisches Kapital zu schlagen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Pfui Teufel! Die Leute sind Ihnen egal, oder was?)

Ich bin morgen im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz. Dort bin ich eingeladen, damit wir die Frage klären, ob Fehler gemacht worden sind. Und heute legen Sie Anträge vor, in denen Sie ungeniert ein Versagen der Behörden einfach als Tatsache annehmen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stellen Sie sich vor, das dürfen wir! Wir nehmen Oppositionsrechte in Anspruch!)

Ich frage mich: Was soll ich eigentlich morgen noch im Ausschuss? Worum geht es Ihnen? Wollen Sie Aufklärung, oder wollen Sie Aufregung? Wollen Sie Fakten, oder wollen Sie Fiktion? Wollen Sie die Wahrheit, oder geht es Ihnen in Wahrheit um Wählerstimmen?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich jedenfalls weiß, was ich will, zumal wenn es um einen so sensiblen Bereich geht. Ich will keine politischen Winkelzüge, ich möchte die Fakten und vor allen Dingen die Wahrheit.

(Florian von Brunn (SPD): Wir wollen handeln! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Jetzt hören Sie zu! Die Wahrheit lautet: Beim Salmonellenausbruch in Europa im Sommer 2014 sind die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Verantwortung gerecht geworden. Sie haben nach den ersten Meldungen aus Frankreich und aus Österreich Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören Kontrollen, dazu gehören Reinigung und Desinfektion, dazu gehört die Rücknahme der betroffenen Chargen, und dazu gehört auch das Vermarktungsverbot von Eiern der Handelsklasse A. Sie haben mit unseren europäischen Partnern intensiv und professionell zusammengearbeitet – diese haben das im Übrigen schriftlich bestätigt -, und sie sind konsequent der Frage nachgegangen, ob es einen Zusammenhang zwischen den erkrankten Personen in Bayern und der Firma Bayern-Ei gibt. Ich stelle hier klar: Es hat in Bayern keine Anzeichen für ein erhöhtes Salmonellengeschehen gegeben.

(Florian von Brunn (SPD): Das werden wir an der Stelle festhalten!)

- Halten Sie es fest. Darum habe ich es gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie suggerieren der Öffentlichkeit ohne Rücksicht und auf Kosten des Vertrauens, die Behörden hätten die Bevölkerung aus Nachlässigkeit nicht gewarnt, Sie wissen aber ganz genau, dass eine öffentliche Warnung der Verbraucher an fachliche und rechtliche Voraussetzungen geknüpft ist. Jetzt hören Sie gut zu: Die Eier hätten als Handelsklasse A in Bayern an die Verbraucher gelangt sein müssen, und die Verbraucher hätten gefährdet sein müssen. Beides war nicht der Fall.

Ich stelle fest: Der Vorwurf der Intransparenz oder gar der Gefährdung ist schlichtweg falsch. Ich verwehre mich gegen die Verunglimpfung der Behörden und gegen die ge-

zielte Verunsicherung der Menschen und sage Ihnen auch ganz deutlich: Der Verbraucherschutz in Bayern funktioniert. Jeder fünfte Lebensmittelkontrolleur in Deutschland arbeitet in Bayern. Baden-Württemberg eifert uns jetzt mit dem Aufbau einer Spezialeinheit nach, und Salmonellenerkrankungen beim Menschen sind in Bayern in den vergangenen zehn Jahren um 73 % zurückgegangen. Ich wiederhole es gerne: um 73 %. Ich wiederhole auch gerne noch einmal, dass der Verbraucherschutz in Bayern funktioniert. Ich werde morgen im Ausschuss sehr gerne auf alle Details eingehen und die Einzelheiten darlegen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die vorliegenden Anträge von SPD und GRÜNEN sind abzulehnen, weil sie auf falschen Grundannahmen beruhen. Erstens. Die Annahme, die Behörden hätten beim Salmonellenausbruch in Europa im Jahr 2014 versagt, weise ich ganz entschieden zurück. Die Anträge sind zweitens abzulehnen, weil wir längst in einer wesentlich konkreteren Form aktiv geworden sind. Am 22. Mai haben das LGL und die Kreisverwaltungsbehörden in einer großen gemeinschaftlichen Aktion die vier Betriebe von Bayern-Ei kontrolliert. Die Zusammenarbeit bei den Geflügelgroßbetrieben machen wir zu einer festen Einrichtung.

Das LGL und die Kreisverwaltungsbehörden kooperieren bereits seit Jahren erfolgreich bei der Überwachung von Lebensmittel produzierenden Großbetrieben. Wir bündeln die Schlagkraft der Behörden jetzt auch bei den Geflügelgroßbetrieben. Sie werden in Zukunft auch von der "Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit" kontrolliert. Wir werden den komplexen Strukturen dieser Betriebe noch mehr gerecht. Die Kontrollen werden noch schlagkräftiger, und wir werden durch die Bündelung noch effektiver. LGL und die Kreisverwaltungsbehörden sind ein starker Verbund zum Schutz der Menschen in Bayern.

Ich werde dem Kabinett in der nächsten Woche einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten und die benötigten Stellen im Nachtragshaushalt 2016 klären. Insoweit bitte ich Sie jetzt herzlich um Ihre Unterstützung, ich bitte Sie aber auch um die Ablehnung der Anträge der SPD und der GRÜNEN sowie um die Annahme des CSU-Antrags.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung macht Herr Kollege von Brunn. Bitte sehr.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Staatsministerin, wenn Ihrer Ansicht nach keine Fehler passiert sind, warum legt die CSU-Fraktion dann einen Dringlichkeitsantrag vor, der Veränderungen fordert, und warum schreibt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit in ihrer Veröffentlichung zum Thema, es sei bemerkenswert – so lautet der Ausdruck –, dass trotz aller Kontrollen so etwas in Europa noch passieren könne? Vielleicht können Sie das ja erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr von Brunn, ich denke, dass der geeignete Rahmen, um Details zu klären, tatsächlich der morgige Ausschuss ist. Um einzelne Worte müssen wir nicht hier im Parlament ringen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wo dann? Sie wissen es nicht!)

Wir werden das morgen im Ausschuss mit den Fachleuten im Detail klären.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion wurde namentliche Abstimmung beantragt, ebenfalls für den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bevor ich zu den beiden namentlichen Abstimmungen komme, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/6840 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion seine Zustimmung geben will,

den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich lasse jetzt namentlich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/6824 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung. Ich bitte die Stimmkarten in die Urnen zu geben.

(Namentliche Abstimmung von 19.27 bis 19.32 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Ich fahre mit der Abstimmung fort und lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/6826 abstimmen. Die Urnen stehen wiederum bereit. Der Wahlgang ist eröffnet. Drei Minuten bitte.

(Namentliche Abstimmung von 19.32 bis 19.35 Uhr)

Die Zeit ist um, Kolleginnen und Kollegen. Die Abstimmung ist damit geschlossen. Die Stimmkarten werden wieder außerhalb des Plenarsaals ausgezählt.

Solange Sie Ihre Plätze einnehmen, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Ganserer und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unter dem Titel "Umweltkriminalität bekämpfen – unabhängige Ermittlungseinheit einrichten" auf Drucksache 17/6822 bekannt geben. Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. 14 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/6825, 17/6827, 17/6828, 17/6829, 17/6831, 17/6832 sowie 17/6841 und 17/6842 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit haben wir die Beratung über die Dringlichkeitsanträge heute beendet.

Jetzt bitte ich, die Plätze einzunehmen; denn ich will mich hier eigentlich nicht selbst unterhalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Die Zeit ist um. Die Abstimmung ist beendet. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. – Zwischenzeitlich darf ich das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es um den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen" auf Drucksache 17/6824. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 85. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Dann darf ich das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag betreffend "Konsequenzen aus dem Eier-Salmonellen-Skandal" auf Drucksache 17/6826 bekannt geben. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 86. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.06.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD; Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen (Drucksache 17/6824)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
Bachhuber Martin				Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Gottstein Eva			
Bauer Volker				Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried				Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian			
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes			
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina				Huml Melanie		X	
Felbinger Günther		X		Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus				Kamm Christine	X		
Freller Karl				Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	50	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.06.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Konsequenzen aus dem "Eier-Salmonellen-Skandal" (Drucksache 17/6826)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
Bachhuber Martin				Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Gottstein Eva			
Bauer Volker				Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried				Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian			
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes			
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina				Huml Melanie		X	
Felbinger Günther		X		Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus				Kamm Christine	X		
Freller Karl				Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	50	86	0